

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger,
Erwin Preiner

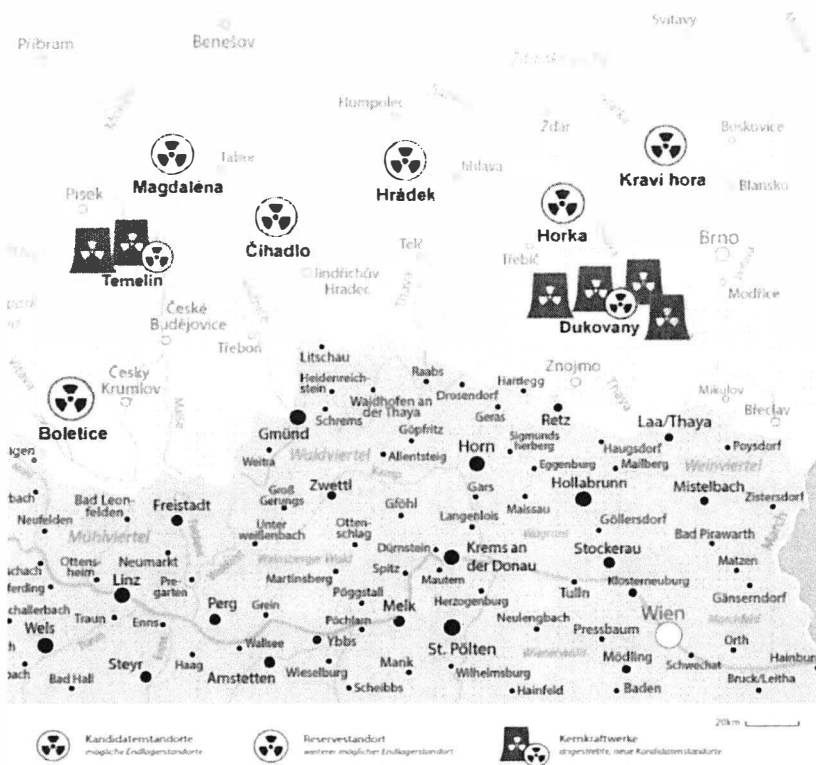
Genossinnen und Genossen

zum Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus betreffend Jahresvorschau 2019 auf Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission sowie des Achtzehnmonatsprogrammes des Rates (III-258 d.B.), 527 d.B.

betreffend Nein zu grenznahen Atommüll-Endlagern

Seit Jahren droht in der Tschechischen Republik – in unmittelbarer Nähe zur österreichischen Staatsgrenze – die Errichtung eines Atommüll-Endlagers. Nun werden die Ausbaupläne immer konkreter. Die ARGE SUP Nukleare Entsorgungsprogramme hat zum Nationalen Entsorgungsprogramm der Tschechischen Republik eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, aus der eine Reihe von Empfehlungen abgeleitet wurden¹. Auch in der öffentlichen Anhörung zur Erweiterung des AKW-Standortes Dukovany am 6. Juni 2018 wurde das Thema Endlagerung mehrfach angesprochen.²

Mögliche Standorte für Atommüll-Endlager in der Tschechischen Republik



1

http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/uvpsup/sup/konsultationen/sup_tschechischerepublik/sup_czentsorgung/

2

http://www.noel.gv.at/noel/Umweltschutz/Protokoll_Oeffentliche_Eroeterung_KKW_Dukovany_06062018.pdf

Quelle: <https://www.global2000.at/atommuellendlager-tschechien>

Bereits im Jahr 2013 wurde in einer umfangreichen Studie zu möglichen Endlager-Standorten darauf hingewiesen, dass an manchen Standorten ein besonders hohes Gefährdungspotential besteht. Unter den angeführten Standorten geht der Studie zufolge die größte mögliche Gefährdung von Kravi hora und Hrádek aus.³

Die Frage der Endlagerung ist eng mit den Ausbauplänen für die tschechischen Atomkraftwerke verbunden. So soll das AKW Dukovany nun erweitert werden, konkret von vier auf sechs Reaktoren.

Bereits im Entschließungsantrag 1966 d.B. XXIV GP wurde von der Bundesregierung „der koordinierte Einsatz gegen die geplanten grenznahen Endlager, insbesondere in den Nachbarstaaten im Sinne der maximalen Sicherheit für die österreichische Bevölkerung und Umwelt“ geordert und in der Entschließung 60/AEA XXV.GP wurde die Bundesregierung, insbesondere der damalige Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, ersucht, „sich auf bilateraler und EU-Ebene gegen grenznahe Atommüllendlager auszusprechen und alle politischen, diplomatischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen deren Errichtung zu ergreifen.“ Auch in ihrem Regierungsprogramm bekennt sich die Regierung zu einem „konsequenten Einschreiten gegen grenznahe Atommülllager“.

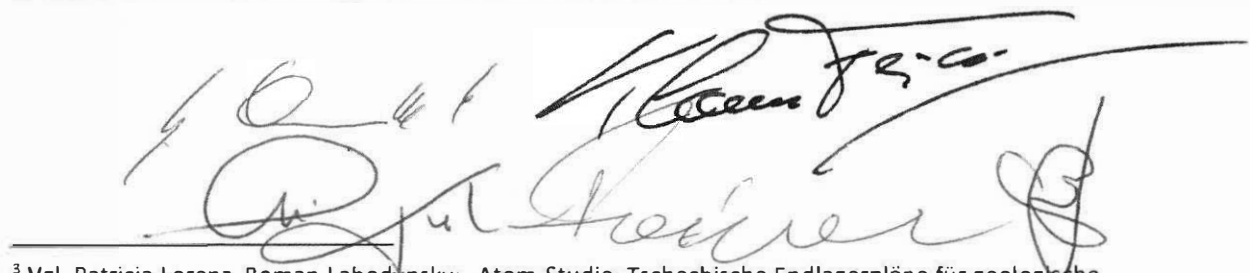
Nun schreiten die Pläne der tschechischen Regierung aber zügig voran und umso mehr ist ein tatsächliches Vorgehen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefordert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Heranrücken möglicher Atommüll-Endlager der Nachbarstaaten an die österreichische Grenze und somit eine potentielle Gefährdung im Inland dadurch zu unterbinden, dass von den Nachbarstaaten ein Schutzkorridor von 100 km bis zur Staatsgrenze gefordert wird, in denen ein solches Lager nicht errichtet werden soll.“



³ Vgl. Patricia Lorenz, Roman Lahodynsky: „Atom-Studie: Tschechische Endlagerpläne für geologische Tiefenlager – historische Entwicklung, wissenschaftliche und politische Beurteilung, Auswirkungen auf Österreich“ im Auftrag des Landes Niederösterreichs, S. 35.

